

Wahlprüfsteine des LSVD Baden-Württemberg zur Wahl des 17. Landtags von Baden-Württemberg am 14. März 2021

Antworten der Parteien zum Thema:

Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ evaluieren und fortentwickeln – LSBTTIQ-Selbsthilfe langfristig absichern

- 1.1. *Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ evaluiert und vor allem unter breiter Beteiligung der queeren Vereine und Verbände weiterentwickelt wird?*
- 1.2. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung einmal im Jahr zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans dem Landtag berichtet?*
- 1.3. *Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTTIQ-Beratungs- und Unterstützungsprojekte eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten und es ausreichend Zugang zu Beratungsstellen gibt, die auf den Themenbereich Trans- und Intergeschlechtlichkeit spezialisiert sind?*

| |
|-------------------------|
| Bündnis 90 / Die Grünen |
|-------------------------|

Antwort auf Frage 1.1.

Wir Grüne sind die parteipolitischen Initiator*innen des Aktionsplans. Wir hatten ihn bereits in unserem Wahlprogramm 2011 gefordert und haben ihn dann mit dem Regierungsantritt gemeinsam mit der LSBTTIQ-Community entwickelt. Er ist im Ergebnis ein Musterbeispiel dafür, wie Zivilgesellschaft und Politik konstruktiv zusammenarbeiten können. Der Aktionsplan ist sowohl im Koalitionsvertrag von 2011 als auch von 2016 enthalten. Gleiches streben wir auch für 2021 an. Ebenfalls für die nächste Legislaturperiode ist von uns vorgesehen, den Aktionsplan unter Einbeziehung der queeren Vereine und Verbände zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Antwort auf Frage 1.2.

Eine regelmäßige öffentliche Debatte im Parlament darüber, wo wir bei der Umsetzung des Aktionsplans stehen, ist wichtig und wünschenswert, um für diese wichtigen Anliegen eine entsprechende Öffentlichkeit herzustellen.

Antwort auf Frage 1.3.

Nachdem es uns gelungen ist, den Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ schon im Doppelhaushalt 2018/2019 zu verankern, führen wir die Finanzierung im aktuellen Doppelhaushalt 2020/2021 mit insgesamt 400 000 Euro fort. Mit diesen Mitteln wird u. a. die Beratungsinfrastruktur finanziert. Unser Ziel ist es, diese langfristig und möglichst flächendeckend in Baden-Württemberg auszubauen. Beratungsstellen und andere Unterstützungsangebote, die in Städten vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen im ländlichen Raum oft. Wir werden deshalb hier Angebote ausbauen, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene beraten und unterstützen. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren.

CDU

Antwort auf Frage 1.1.

Als CDU nehmen wir die Menschen, so wie sie sind. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder unabhängig vom sozialen Hintergrund, Geschlecht, Hautfarbe oder Herkunft selbst verwirklichen kann. Frei und ohne Angst vor Hass und Diskriminierung. Der Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ hat das Ziel, die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sensibilisieren und Ausgrenzung und Benachteiligung entgegenwirken. Zur Unterstützung und Förderung dieses Dialogs tagt der Landesbeirat „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ zwei Mal jährlich. Dieser Dialog soll fortgesetzt werden. Wir werden die Maßnahmen aus dem Aktionsplan auf ihre Eignung und Wirksamkeit hin prüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln.

Antwort auf Frage 1.2.

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen Informationen, um fundierte politische Entscheidungen nachvollziehen zu können. Deshalb ist uns Transparenz in der Politik ein großes Anliegen. Im Aktionsplan wurde das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg mit der Verfolgung und Prüfung der Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierungen der LSBTTIQ beauftragt. Im Sinne einer transparenten Politik und um die Öffentlichkeit zu informieren, halten wir einen regelmäßigen Sachstandsbericht für sinnvoll.

Antwort auf Frage 1.3.

Mit Unterstützung der CDU ist der Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg im Doppelhaushalt 2020/2021 mit über 412 Mio. Euro ausgestattet worden. Hier profitieren auch das Netzwerk LSBTTIQ.

SPD

Antwort auf Frage 1.1.

Selbstverständlich muss der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ – der unter der Federführung von verantwortlichem Minister*innen der SPD erarbeitet und in Kraft gesetzt wurde – weiterentwickelt werden. Was wurde erreicht, was wurde bisher nicht erreicht und welche Herausforderungen sind neu hinzugekommen? Dazu wollen wir die Arbeit im Aktionsbündnis intensivieren.

Antwort auf Frage 1.2.

Die zuständigen Abgeordneten haben sich bisher kontinuierlich über die Umsetzung des Aktionsplans informiert und darüber auch mit den Beteiligten diskutiert. Bei Bedarf ist zusätzlich im Plenum debattiert worden. Ehrlich gesagt war aus unserer Sicht bisher der erste Aspekt wirksamer.

Antwort auf Frage 1.3.

Die psychosozialen Beratungsstellen sind seitens des Landes konsequent unterfinanziert – trotz steigender Nachfrage. Dies wollen wir beenden und das Kontingent für Beratungsstunden erhöhen.

FDP

Antwort auf Frage 1.1. / 1.2. / 1.3.

Wir beantworten die Fragen im Sachzusammenhang: Wir Freien Demokraten haben in unserem Programm zur Landtagswahl am 14. März 2021 beschlossen, dass wir über den Bundesrat die Initiative zur Erweiterung von Art. 3 Abs. 3 GG um die sexuelle Identität ergreifen und den Aktionsplan des Landes zur Gleichstellung von LSBTI ausbauen werden. Wir werden hierzu die entsprechenden Verbände als Expertinnen und Experten in eigener Sache auf Augenhöhe beteiligen. In diesem Prozess sind alle Aspekte einer Weiterentwicklung zu diskutieren und zu einem tragfähigen Ergebnis zu führen.

Die Linke

Antwort auf Frage 1.1

Die zwischen Sozialministerium und Landesnetzwerk auf Dauer angelegte Zielvereinbarung vom Juni 2015 muss verbindlich seitens der Landesregierung umgesetzt werden. Dafür sind die notwendigen personellen wie materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Die Evaluation des Aktionsplans muss selbstverständlich in einem breiten Beteiligungsverfahren queerer Vereine und Verbände stattfinden. Hier kommt dem Landesnetzwerk LSBTTIQ eine besondere Rolle zu. Die Evaluation ist zeitnah in der nächsten Legislaturperiode durchzuführen. Ungeachtet dessen wurden über 800 Maßnahmenvorschläge seitens des Landesnetzwerks erarbeitet. Nur ein Bruchteil dieser Anregungen ist 2015 in den Aktionsplan eingeflossen und tatsächlich umgesetzt worden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige Prozess weiter von der Landesregierung verschleppt wird.

Antwort auf Frage 1.2

Ja.

Antwort auf Frage 1.3.

Das Land muss die notwendigen materiellen wie personellen Mittel dauerhaft im Landesetat zur Verfügung stellen. Qualifizierende Angebote für Fachkräfte und entsprechende Studiengänge an den Bildungseinrichtungen, insbesondere Hochschulen und Universitäten sind finanziell zu fördern. Es muss eine Mindestquote für Beratungsangebote ergeben, die sich an der Bevölkerungszahl und der Erreichbarkeit des Angebotes bemisst. Auch für Hilfesuchende in der Fläche muss eine Beratung sichergestellt werden, durch ausreichende Sprechzeiten, Angebote telefonischer und digitaler Beratung und Notfall-Hotlines, die rund um die Uhr erreichbar sind. Diese Angebote sind finanziell so auszugestalten und zu verstetigen, dass die Beratenden sozial abgesichert arbeiten können.

AfD

Die AfD hat die Wahlprüfsteine ignoriert.

Alle Antworten zu den weiteren Themenbereichen finden Sie unter:

<https://ba-wue.lsvd.de/2021/01/27/lsvd-wahlcheck-zur-landtagswahl/>